

Nebrauer Anzeiger

Ersteinst
Mittwoch und Sonnabend
Abonnementspreis
vierteljährlich 30 Pf., viimonatlich durch
die Post oder andere Boten 1,05 Mark, durch
die Briefträger frei ins Haus 1,30 Mk.

für Stadt und Umgegend.

Anzeigenpreis
für die 1baltige Recept-Zeile oder deren
Raum 10 Pf. Restl. am 2ten Zeile 15 Pf.
Anzeige
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr
angenommen

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Ar. 40.

Nebra, Sonnabend, 16 Mai 1896.

9. Jahrgang.

Ungarns Tausendjahr-Feier.

Das schöne Ungarland schimmert gegenwärtig im Schmuck des Feit seines tausendjährigen nationalen Bestandes. Bei solchen Gelegenheiten nimmt man immer den Mund ein bisschen voll, das steht überall so zu sein und deshalb darf man auch die Feiern nicht auf die Abwechslung lassen, da würde sich manches bedauerliche Untergetöse ergeben.

Ungarn ist für das Gletschicht Europas ein sehr wichtiger Faktor. Die Magyaren bilden ein Volk für sich, ohne Verwandtschaft mit ihren Nachbarn. Dadurch bildet Ungarn den Pufferstaat zwischen der slavischen und germanischen Welt, wie es in früheren Jahrhunderten den Puffer zwischen Islam und Christentum gebildet hat. Der Magyar ist stolz auf sein Vaterland und seine Geschichte; das Recht dazu soll ihm nicht bestritten werden. Aber man kann auch im Patriotismus des Guten zu viel thun und dadurch die fremde Kritik herausfordern.

Wollte man den gegenwärtigen ungarischen Festrednern aufs Wort glauben, dann wäre es nur den waderen Ungarn zu danken, daß überhaupt noch eine christliche Kultur existiert und daß nicht in Oesterreich, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien der Salmond herrsche. Ganz so verhält sich die Sache denn doch nicht. Man könnte das Gerede ruhig hingehen lassen, wenn die Ungarn damit nicht zugleich diejenigen ihrer Nachbarn, die ihnen erst die Kultur gebracht haben, die Deutschen nämlich, auf das schändlichste zurückweisen.

Gleich im ersten Jahrhundert ihrer Geschichte machten die Ungarn beständig häufige Raubzüge nach Deutschland, das endlich durch einen jährlich zu zahlenden Tribut seine Ruhe erkaufen mußte. Erst als Deutschland Städte erbaute und befestigt hatte, schloß sich die Tributzahlung und es darauf die Ungarn ebenfalls feindlich und brennend in Deutschland einzufallen, wurden sie am 10. August 955 auf dem Scheldebach mit blutigen Köpfen heimgeschickt, daß sie seit dieser Zeit das Westerochen verließen. Das waren die ersten „Begegnungen“ zwischen Ungarn und Deutschen. Doch das, was fast seit einem Jahrtausend hinter uns liegt, mag vergessen sein und soll den Jubiläumstagen nicht angedenkt werden. Wenn aber der gefeierte Schriftsteller Ungarns, Maurus Josa, in seiner Festrede behauptet, nur die Ungarn hätten Europa vor dem Islam bewahrt, so ist dies einfach eine Fälschung der Geschichte.

In langen blutigen Kämpfen haben die Ungarn an der Seite der Türken gegen die Deutschen gekämpft. Johann Zapolta kämpfte mit den Türken verbündet, gegen Ferdinand von Oesterreich, und empfing aus Sultan Soliman's Händen die ungarische Krone. Stephan Bocskai trieb, wieder mit türkischer Hilfe, die Truppen Rudolph's II. aus Ungarn hinaus und erzwang den Wiener Frieden von 1606. Oesterich haben unter Wehlen Gabor's Führung türkische Truppen wiederholt die kaiserlichen geschlagen. Tököly brach als tüchtiger Heerführer in die österrichischen Gebirge ein, besiegte mit türkischer Unterstützung den ungarischen Königshof und zog mit dem Großvezier Kara Mustafa 1683 vor die Mauern Wiens.

Die Befreiung Wiens, deren 200 jähriges Jubiläum vor dreizehn Jahren begangen wurde, erfolgte gegen die Ungarn, die die Türken herbeigeführt hatten. Erst durch den glänzenden Sieg Sobieschi am Kahlenberg wurde Europa für immer von der Türkenmacht befreit; die Ungarn aber haben daran das gerade Gegenteil von Verdienst. Das muß gegenüber den Jubiläumstagen der Ungarn, womit sie ihre Jubiläumstheorien begeben, ebenfalls betont werden.

Das Deutschland hat in Ungarn nie die ihm gebührende Stellung eingenommen. Alle Kultur und alle Fortschritt der Welt ist durch Ungarn von den Deutschen, die in jeder Beziehung seine Lehrer waren. Dafür hat die magyarische Nation es verstanden, obwohl sie sich in Ungarn selbst in der Wildheit befindet, alle andern Völkerstämme seines Gebietes von sich abhängig zu machen. Die Sachsen Siebenbürgens, die Slowaken, die Serben, die Rumänen — alle fühlen sich in drei nationalen

Grenzen gefährdet durch das pestische Uebergehen des herrschenden magyarischen Stammes. Da ist es denn kein Wunder, wenn in Wien die Deutschen, in Belgrad die serbischen Emigranten gegen die ungarische Fahne demonstrieren; es geschieht dies nicht gegen die Tausendjahrfeier, als solche, sondern gegen den nationalen Ueberwuch, den die Ungarn bei dieser Feier gegen ihre Nachbarvölker herauszufechen belieben.

Deutscher Reichstag.

Am 11. d. steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Zuckersteuer-Vorlage. Der Antrag des Reichstages, begünstigt nach der Vorlage sollte für den in den Zuckerfabriken zur steuerlichen Ueberführung gelangenden Zucker ein Zuschlag zur Zuckersteuer (Betriebssteuer) erhoben werden, welche für Mengen bis zu 500,000 Kilogramm 0,05 Mk., von darüber 0,10 Mk. beträgt. Die Kommission hat den § 65 wie folgt gefaßt: „Für die einzelnen Zuckerfabriken wird alljährlich die festgesetzte Zulassung (das Kontingent) festgesetzt, für welche eine Abgabe nicht zu erheben ist. Von dem über diese Menge hinaus in der Fabrik zur steuerlichen Ueberführung gelangenden Zucker wird ein Zuschlag zur Zuckersteuer in Höhe des Ausfuhrzuschlusses für Abgabe erhoben.“

Abg. Richter (Zentr.) beantragt, die Bestimmungen der Regierungsvorlage über die Betriebssteuer wiederzuzurückziehen.

Abg. Vögler (Zentr.) beantragt dasselbe unter freier Zustimmung der in der Regierungsvorlage und dem Antrag Richter vorgezeichneten Sachverhalte. Abg. Richter (frei Sp.) bittet, beide Anträge abzulehnen. Die Betriebssteuer passe gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Mianel her. Das Gesetz würde doch die Zuckerindustrie fortzuführen gegenüber den Ausländern erheben, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabriken und erzwinge wieder die Konturrenzen. Eine Veranlassung zur Ueberbewertung der Regierungsvorlage liegt auch gar nicht vor; denn, wenn die Kontingentvorlage angenommen werden würde, würde der Festsatz sich noch auf 4,500,000 Mk. belaufen, was unter dem geltenden Gesetz. Abwärt der Antragsteller sei auch nur, den Großbetrieb möglichst hart zu laffen. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Putzhammer-Blauth (konf.) erklärt, die Kontingentvorlage würde für die Kommissionen beschließen können; er halte es für sehr gefährlich, die Sache wieder daran zu rücken. In Bezug auf die Betriebssteuer, die für den Osten sehr schädlich sein werde, sehe er auch auf denselben Standpunkt wie der Abg. Richter. Sollte das Gesetz gegen die Betriebssteuer fallen, so wären die Kontingentvorlage nicht zu fassen.

Abg. Vögler (Zentr.) teilt mit, daß der größere Teil seiner Freunde für den Antrag Vögler stimmen werde, sollte er abgelehnt werden, dann sei die Vorlage fallen zu lassen. Staatssekretär Graf v. Posadowski verliest darauf, noch einmal für die Betriebssteuer einzutreten; das hiesige Gehen nach Wien tragen. Er gebe zu, daß durch die Verabreichung der Prämie auf 2,50 Mk. die Vorauszahlung der Betriebssteuer erschwerter sei. Der Antrag Vögler nähere sich dem meinten der Regierungsvorlage, er glaube nicht, daß Vertreter und Freunde der Landwirtschaft um eine so geringe Betriebssteuer die wichtige Vorlage zu Fall bringen wollten. Man würde das im Lande nicht verstehen. Er bitte, den Antrag Vögler anzunehmen.

Abg. Rüdiger (wirtsch.) bittet, die Anträge auf Abänderung der Betriebssteuer abzulehnen. Sie führe zu einer unvollständigen hohen Belastung der Zuckerfabriken.

Abg. Komierowski (Pole) erklärt sich gegen die namentlich den Osten hart belastende Betriebssteuer.

Abg. Friedberg (nat-lib.) bemerkt, keine Parteien für die Ueberführung der Zuckerfabriken stimmen, weil sie hätten von Anfang an das Prinzip einer stofflosen Betriebsabgabe für das richtige gehalten.

Abg. Frey v. Stumm (freikons.) tritt ebenfalls für den Antrag Vögler ein.

Abg. Richter macht nochmals darauf aufmerksam, welche Ungerechtigkeit darin liege, daß man die Großbetriebe zu hart belaste. Daß das Gesetz durch Wöschung der Betriebssteuer zum Schutze gebracht werde, fürchte er nicht.

Abg. Graf Bernh. v. Helldorf (Wirtsch.) befürwortet den Antrag Vögler, der durchaus im Interesse der handwerklichen Zuckerfabriken liege.

Abg. Richter tritt namens des Zentrums für die Betriebssteuer ein und zieht einen von ihm eingebrachten Antrag zurück.

Abg. Schöppel spricht namens der Sozialdemokraten gegen die Betriebssteuer.

Ein namentlicher Abstimmung wird sodann mit 122 gegen 110 Stimmen die von Zentrum beantragte Betriebssteuer in abgeänderter Form angenommen.

Darauf wird die Kontingentvorlage diskutiert. Nach der Vorlage soll das Kontingent 1400 Millionen nach dem Kommissionsbeschlusse 1700 Mill. betragen.

Abg. Richter (Zentr.) beantragt das Kontingent auf 1500 Mill. Wollgramm festzusetzen.

Abg. Richter (frei Sp.) läßt jede Kontingentierung für schädlich, weil sie der Produktion Schaden anbringe.

Abg. v. v. (freikons.) betont, er werde gegen die Vorlage stimmen; wenn die neuen Fabriken von der Kontingentierung ausgeschlossen bleiben sollten. Abg. Richter ist der Meinung, die mit einer Kontingentierung auf 17 Mill. Doppelcentner bestimmte Produktion sei in Deutschland noch nicht erreicht. Jede Fabrik würde streben, ihr Kontingent möglichst auszunutzen.

Abg. Richter (Zentr.) hält die Kontingentierung für notwendig; sollte sein Antrag abgelehnt werden, werde das Zentrum in erster Linie für die Regierungsvorlage stimmen.

Staatssekretär Graf v. Posadowski hebt hervor, daß das Gesetz ganz dem von den Kontingent unterfertigten Antrag Prämie entsprechende Kontingent und Exportkontingent gehören anzunehmen und ergänzen sich gegenseitig. Am besten sei der Regierungsvorlage: höhere Prämie und niedrigeres Kontingent. Wenn Deutschland die Prämie abschaffen wollte, dann sei eine Erhöhung der Prämie-Vorauszahlung, damit es bei den Verhandlungen etwas zu bieten habe. Das bestehende Gesetz einfach zu verlängern, wäre ein bedeutender Fehler, weil dadurch die Ueberproduktion chronisch gemacht würde.

Abg. Richter (nat-lib.) hält auch die Kontingentierung für dringend notwendig, sowohl im Interesse der Zuckerindustrie und der Wälder, als auch der Reichskasse. Man müsse einer so schnellen Vermehrung der Produktion einen Riegel vorschieben.

Abg. v. v. (konf.) bezieht sich auf den Bericht des Landesausschusses über die Ueberproduktion des Jahres 1894 die Schuld trage, und spricht sich für Materiallieferung und gegen jede Kontingentierung aus.

Staatssekretär Graf v. Posadowski erklärt die Materiallieferung für ein veraltetes Prinzip, das die Regierung nicht mehr indigen könne, und das die große Mehrheit des Reichstages verwerfen habe. Das bestehende Gesetz einfach zu verlängern, sei doch keine Reform der Zuckersteuer; eine solche habe aber der Reichstag zu bewerkstelligen.

Darauf wird das 17-Millionen-Kontingent mit 138 gegen 107 Stimmen angenommen und sodann die weitere Beratung vertagt.

Veränderung des Gesetzes.

Im Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Beratung des Gesetzes betr. das Anrecht der Betriebsleiter für ein veraltetes Prinzip, das die Regierung nicht mehr indigen könne, und das die große Mehrheit des Reichstages verwerfen habe. Das bestehende Gesetz einfach zu verlängern, sei doch keine Reform der Zuckersteuer; eine solche habe aber der Reichstag zu bewerkstelligen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser hat dem bairischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim den schwarzen Adlerorden verliehen.

* Der Bundesrat hielt am Montag eine Sitzung ab und hat darin die beiden Vorlagen betreffs Abweisung der Dienstpflichtigen in den Jagdgebieten und Verhinderung der Schützlinge in einer Gesetzesvorlage verlesen und dann in dem Wortlaut genehmigt, der dem Reichstag umgehend zugehen soll.

Der japanische Handelsvertrag ist vom Bundesrat genehmigt worden. Die Regierung legt, wie die Post hört, Wert darauf, daß der Entwurf auch vom Reichstage noch in dieser Session beraten wird.

* In der Tagesordnung des Reichstages sollen für die nächsten Tage wieder veränderte Dispositionen Platz greifen. Die geringe Mehrheit, welche sich bei der Zuckersteuer-Vorlage für die Betriebsabgabe ergeben hat, läßt die Freunde der Zuckersteuer-Vorlage möglich, daß die dritte Beratung derselben schon am Freitag stattfinden wird. Die erste Beratung der Gesetzesvorlage über die vierten Bataillone und über die Schutztruppen u. s. w. soll dann am nächstfolgenden Montag folgen, die dritte Beratung des Abriegelungsgesetzes und der Gewerbe-Novelle erst nach Pfingsten stattfinden.

* Es wird berichtet, daß kürzlich eine Kontingentierung von Abgeordneten der Kontingentvorlage, des Zentrum und der Nationalvereine unter Teilnahme eines Regierungskommissars stattgefunden habe, um der Frage des Detailfreies sich noch einmal näher zu treten. Es soll dort ein Uebereinkommen dahin getroffen worden sein, dem Verbot die Ausnahmebestimmung hinzuzufügen, daß die Detailfreireisenden diejenigen Personen aufwachen dürfen, welche vorher ausdrücklich ihre Einwilligung dazu gegeben hätten.

Oesterreich-Ungarn.

* Zur Feier des 100-jährigen Bestehens des ungarischen Staates fanden am Sonntag in den Kirchen und Gotteshäusern aller Kontingenten des ganzen Landes telegrafische Dankgesandtschaften statt. — Das Bankensyndikat der Millenniums-Lotterien hinterlegte als Garantie beim ungarischen Finanzministerium 5 Millionen Gulden und bezogte für den Aus-

stellungsfonds 1 Million Gulden. — Gegen die Minister Josika und Fejervary ist wegen der jüngsten Duellen das Strafbrechen eingeleitet worden. Der Justizminister hat die Meldung erwidert, Der Kaiser wird das Verbrechen maßregelmäßig aufheben.

* In Budapest wurde am Sonntag eine von dem Abg. Unger einberufene Volksversammlung zu Gunsten des allgemeinen Wahrechtes abgehalten, an der etwa 30,000 Personen, zum größten Teil Sozialisten, teilnahmen. Nach der Verlesung wollte die Polizei die rote Fahne, mit der die sozialistischen Arbeiter erheben waren, entfernen. Da die Sozialisten sich dem widersetzen, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei 20 Personen verundet wurden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

* Von den französischen Gemeinderatswahlen ist das Ergebnis der 28 Stichwahlen in Paris, die am Sonntag stattfanden, daß 5 progressivste Republikaner, 11 Republikaner, 3 sozialistische Republikaner und 9 Sozialisten gewählt sind. 22 kleinere Gemeinderäte sind wiedergewählt und außerdem 6 neue Mandatanten gewählt worden. Die Zusammensetzung des Gemeinderats von Paris bleibt dieselbe wie früher.

* Das endgültige Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich ist, daß die Republikaner in 234 von 351 Arrondissement-Hauptstädten die Mehrheit haben. In 85 Hauptorten haben die Republikaner oder Sozialisten, in 20 Kontingenten die Mehrheit; in zwölf Hauptorten ist die Mehrheit zweifach.

Die neuen Minister sollen durch ihre feige Haltung in der Frage der nicht geringe Verlegenheit herbeigeführt worden sein. Von dem Mannheimer Lokomotiv hat behauptet, er habe 50,000 Franz mark für Qualifikation auszugeben, als für das ganze Jahr bewilligt waren, und es ist sogar von einem Prozesse gegen ihn die Rede. Der Justizminister Ricard hätte ebenfalls die Jahresbede für Pensionen um 10,000 Franz überfließen und der Unterrichtsminister Gambes es nicht besser gemacht, da er von 5 Millionen, die als Zusatzbudget für Schulbauten ausgesetzt waren, nur 33,000 Franz in der Kasse zurückgelassen hat. Das Kabinett Meline wird also nicht umhin können, Nachtragsschritte für die verbleibenden Restposten zu verlangen.

* Wenn man privaten Verträgen trauen darf, dann ist Madagaskar in vollem Aufstade. Saint Augustin, welche geschäftshalter das Land besitzen, sind ermutigt, sogar der General-Gouverneur Sarode trotz einer Bedeckung mehrfach bei Bereinigung des Landes angegriffen worden.

Italien.

* Die Lage in Massauah ist unübersehbar. General Valbiera setzt die Unterhandlungen mit Ras Mangalaha wegen Auslieferung der in Tige befindlichen italienischen Geiseln fort.

Spanien.

* Die Spanier haben auf Cuba einige Militärschiffe gezeugt, die von Nordamerika her Kriegsmunition eingeschmuggelt hatten. Drei oder vier von ihnen sind Nordamerikaner. Sie wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die nordamerikanische Regierung protestiert dagegen sehr energisch und fordert Repressalien an. General Weyler und seine Militärschiffe befinden sich aber des abscheulichen Beispiels wegen auf Vollstreckung der Todesstrafe; sie brohen mit Amtsniederlegung, falls Begnadigung eintritt.

Balkanstaaten.

* Nach Berichten aus Areta, die in Konstantinopel eintrafen, wurde die Annahme für politische Ergebnisse bis zum 17. d. vertagt. — In Konstantinopel sollen sich zahlreiche Verhandlungen von Wichtigkeit vorgenommen worden sein.

* Der ungarisch-serbische Konflikt ist noch nicht abgeschlossen. Es hat sich herausgestellt, daß die serbische Regierung in der Jahren Affäre vom 2. d. in der sie behauptet über die Verbringung der ungarischen Soldaten anspruch und freiere Verbringung der Soldaten anstößig, weil keineswegs anständig. Der Belgrader Polizeikommissar der „Strafe“ abgelehnt wurde, hat sofort das höhere Amt eines Polizeikommissars im Ministerium des Innern erhalten. Die Regierung soll von den Umgebungen vorher Kenntnis gehabt und sie begünstigt haben. Ferner heißt es, daß ein Photograph den Alt der

Nebrer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. N.

Ar. 40.

Nebra, Sonnabend, 16 Mai 1896.

9. Jahrgang.

Ungarns Tausendjahr-Feier.

Das schöne Ungarnland schauet gegenwärtig im Schmuck des Feiertages tausendjährigen nationalen Festes. Bei solchen Gelegenheiten nimmt man immer den Mund ein bisschen voll, das heißt überall so zu sein und beschuldigt dort man auch die Festredner nicht auf die Angelegenheit legen, da würde sich manches bedauerliche Untergetöse ergeben.

Ungarn ist für das Gleichgewicht Europas ein sehr wichtiger Faktor. Die Magyaren bilden ein Volk für sich, ohne Verwandschaft mit ihren Nachbarn. Dadurch bildet Ungarn den Pufferstaat zwischen der slawischen und germanischen Welt, wie es in früheren Jahrhunderten den Puffer zwischen Islam und Christentum gebildet hat. Der Magyar ist stolz auf sein Vaterland und seine Geschichte; das Recht behält ihm nicht beherrschbar werden. Aber man kann auch im Patriotismus des Guten zu viel thun und dadurch die fremde Kritik herausfordern.

Wollte man den gegenwärtigen ungarischen Festrednern aufs Wort glauben, dann wäre es nur der modernen Ungarn zu danken, daß überhaupt noch eine christliche Kultur existiert und daß nicht in Oesterreich, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien der Salomon herrsche. Ganz so verhält sich die Sache denn doch nicht. Man könnte das Versteht ruhig hingehen lassen, wenn die Ungarn damit nicht zugleich die gegen ihre Nachbarn, die ihnen erst die Kultur gebracht haben, die Deutschen nämlich, auf das schändlichste zurückzuführen.

Gleich im ersten Jahrhundert ihrer Geschichte machten die Ungarn beständig häufige Raubzüge nach Deutschland, das endlich durch einen jährlich zu zahlenden Tribut seine Ruhe erlangen mußte. Erst als Deutschland Städte erbaute und besetzt hatte, künzte es die Tributzahlung und als darauf die Ungarn ebenfalls leugend und brennend in Deutschland einfelen, wurden sie am 10. August 955 auf dem Weidfeld bei Blattendorf kopfen heimgeführt, daß sie seit dieser Zeit das Wiederkommen verzeihen. Das waren die ersten „Begegnungen“ zwischen Ungarn und Deutschen. Doch das, was fast seit einem Jahrtausend hinter uns liegt, mag veressen sein und soll den Jubiläumstagen nicht angerechnet werden. Wenn aber der gelehrte Schriftsteller Ungarns, Maurus Josa, in seiner Festchrift behauptet, daß die Ungarn hätten Europa vor dem Islam beherrscht, so ist dies einfach eine Fälschung der Geschichte.

In langen blutigen Kämpfen haben die Ungarn an der Seite der Türken gegen die Deutschen gekämpft. Johann Japolla kämpfte, mit den Türken verbündet, gegen Ferdinand von Habsburg, und empfing aus Sultan Solimans Händen die ungarische Königskrone. Stephan Bocskay trieb, wieder mit türkischer Hilfe, die Truppen Rudolfs II. aus Ungarn hinaus und erzwang den Wiener Frieden von 1606. Ebenso haben unter Bethlen Gabor's Führung türkische Truppen wiederholt die kaiserlichen Geschlagen. Endlich brach als türkischer Heerführer in die österreichischen Gebirge ein, bestieg mit türkischer Unterstützung den ungarischen Königsthron und zog mit dem Großvezir Kara Mustafa 1683 vor die Mauern Wiens.

Die Belagerung Wiens, deren 200-jähriges Jubiläum vor dreizehn Jahren begangen wurde, erfolgte gegen die Ungarn, die die Türken herbeigerufen hatten. Erst durch den glänzenden Sieg Sobieskys am Stahlenberg wurde Europa für immer von der Türkenmacht befreit; die Ungarn aber haben daran das gerade Gegenteil von Verdienst. Das muß gegenüber den Ruhmredern der Ungarn, womit sie ihre Jubiläumstheorien belegen, energisch betont werden. Das Deutschland hat in Ungarn nie die ihm gebührende Stellung eingenommen. Alle Kultur und alle Fortschritte der Technik erfuhr Ungarn von den Deutschen, die in jeder Beziehung keine Behrer waren. Dafür hat die magyarische Nation es verstanden, obwohl sie sich in Ungarn selbst in der Niedersticht befindet, alle anderen Völkerstaaten seines Gebietes von sich abhängig zu machen. Die höchsten Siebenbürgen, die Strazien, die Serben, die Rumänen — alle fühlen sich in ihrer nationalen

Gründung gefährdet durch das pestische Ueberdies des herrschenden magyarischen Stammes. Da ist es denn kein Wunder, wenn in Wien die Deutschen, in Belgrad die serbischen Studenten gegen die ungarische Fahne demonstrieren; es geschieht dies nicht gegen die Tausendjahrfeier als solche, sondern gegen den nationalen Ueberdies, den die Ungarn bei dieser Feier gegen ihre Nachbarn herauszufinden beabsichtigen.

Deutscher Reichstag.

Am 11. d. steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Zundersteuer-Vorlage. Der Entwurf des Präsidenten wird mit § 65, Betriebssteuer, angenommen. Nach der Regierungs-Vorlage sollte für den in der Zunderfabrikation zur steuerlichen Uebertragung gelangenden Zunder ein Zuschlag zur Zundersteuer (Betriebssteuer) erhoben werden, welche für Mengen bis zu 500 000 Kilo 0,15 Mt., von darüber 410 Mt. beträgt. Die Kommission hat den § 65 wie folgt gefaßt: „Für die einzelnen Zunderfabriken wird alljährlich diejenige Zundermenge (das Kontingent) festgesetzt, für welche eine Abgabe nicht zu erheben ist. Von dem über diese Menge hinaus in der Fabrik zur feuerlichen Uebertragung gelangenden Zunder wird ein Zuschlag zur Zundersteuer in Höhe des Ausschlagsfußes für Holzruß erhoben.“

Abg. Fischer (Zentr.) beantragt, die Bestimmungen der Regierungs-Vorlage über die Betriebssteuer wiederbeizustellen.

Abg. Fischer (Zentr.) beantragt daselbe unter teilweiser Erhöhung der in der Regierungs-Vorlage und dem Antrag Fischer vorgesehene Steuerhöhe.

Abg. Richter (freil. W.) bittet, beide Anträge abzulehnen. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Abg. v. Puttkammer-Blauh (konf.) erklärt, die Beschäftigten der Zunderfabriken seien wie die Betriebssteuer zu belasten, die Fabrikanten aber wie die Konturen zu belasten. Die Betriebssteuer solle gar nicht in das Gesetz und komme nur von Herrn Minister her. Das Gesetz solle doch die Zunderindustrie konfiszieren, gegenüber dem Auslande erlassen, durch die Betriebssteuer aber belaste man die Fabrikanten und erzwinge wieder die Konturen. Eine Veranlassung zur Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage liegt gar nicht vor; denn, wenn die Kommission's Vorlage angenommen werden würde, würde der Preis für Holzruß um 4 500 000 Mt. besser werden als unter dem geltenden Gesetz. Nicht der Antragsteller sei auch nur, den Grobbetrieb möglichst stark zu belasten. Er beantrage über § 65 namentliche Abstimmung.

Ungenerierung für schädlich, weil sie der Produktion Schaden anrichte.

Abg. Gump (freikons.) betont, er werde gegen die Vorlage stimmen, wenn die neuen Fabrikanten von der Kontingenterung ausgeschlossen bleiben sollten.

Abg. Richter ist der Meinung, die mit einer Kontingenterung auf 17 Mill. Doppelzentner beschränkte Produktion sei in Deutschland noch nicht erreicht. Jede Fabrik würde freier, ihre Kontingent möglichst auszunutzen.

Abg. Fischer (Zentr.) hält die Kontingenterung für notwendig; sollte sein Antrag abgelehnt werden, werde das Zentrum in erster Linie für die Regierungs-Vorlage stimmen.

Staatssekretär Graf v. Posadowski hebt hervor, daß das Gesetz ganz dem von den Konventionen unterfertigten Antrag Baasche entspreche. Kontingent und Exportzölle gehörten zusammen und ergäben sich gegenseitig. Am besten sei der Regierungs-Vorlage: höhere Prämie und niedrigeres Kontingent. Wenn Deutschland die Prämien abschaffen wollte, dann sei eine Erhöhung der Prämie vorzubringen, damit es bei den Verhandlungen etwas zu bieten habe. Das bestehende Gesetz müsse zu verlängern, wäre ein bedenklicher Fehler, weil dadurch die Ueberproduktion chronisch gemacht würde.

Abg. Baasche (nat-lib.) hält auch die Kontingenterung für dringend notwendig, sowohl im Interesse der Zunderindustrie und der Arbeiter, als der Reichskasse. Man müsse einer zu schnellen Vermehrung der Produktion einen Riegel vorsetzen.

Abg. v. Zauder (konf.) behauptet, daß Deutschland allein an der Ueberproduktion des Jahres 1894 die Schuld trage, und spricht sich für Materialsteuer und gegen jede Kontingenterung aus.

Staatssekretär Graf v. Posadowski erklärt die Materialsteuer für ein veraltetes Prinzip, dem die Regierung nicht mehr folgen könne, und daß die große Mehrheit des Reichstages verwerfen habe. Das bestehende Gesetz müsse zu verlängern, sei doch kein Verbot der Zundersteuer; eine solche habe aber der Reichstag verlangt.

Darauf wird vom 17-Millionen-Kontingent mit 133 gegen 107 Stimmen angenommen und sodann die weitere Beratung vertagt.

Deutscher Landtag.

Im Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Sitzung des Gesetzesentwurfes betr. das Anwesenrecht bei den Renten- und Invalidenrenten. Die Abstimmung über den fruchtigen Punkt wurde wegen Beschäftigungsmangel des Hauses ausgesetzt werden.

Multifide Hundschau.

Deutschland.

Der hat dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim den Bericht über die Hundschau in Bayern vorgelegt.

Der Minister hat dem Montag eine Kopie davon in beiden Vorlagen an die Dienstpflichtigen in den verschiedenen Gruppen zu einer Gelegeten und dann in dem Vorstand dem Reichstag umgehend zugehen lassen.

Die deutsche Handelsvertragsratifikation ist noch nicht abgeschlossen, wie die Post hört, Wert Export auch vom Reichstage beraten wird.

Die erste Beratung der nächsten Tage wieder die Kontingenterung des Reichstages. Die zweite Sitzung der Zundersteuer-Vorlage wird am Montag folgen, die dritte die Kontingenterung und der Gewerbesteuer.

Die Kontingenterung der Zundersteuer wird am Montag folgen, die dritte die Kontingenterung und der Gewerbesteuer.

Die Kontingenterung der Zundersteuer wird am Montag folgen, die dritte die Kontingenterung und der Gewerbesteuer.

Die Kontingenterung der Zundersteuer wird am Montag folgen, die dritte die Kontingenterung und der Gewerbesteuer.

Stellungssatz 1 Million Gulden. — Gegen die Minister Joska und Fejeryar ist wegen der jüngsten Duell des Straßenerabers eingeleitet worden. Der Justizminister hat die Meldung erlassen. Der Kaiser wird das Verbrechen maßschärfend aufheben.

In Budapest wurde am Sonntag eine von dem Abg. Ungern einberufene Volksversammlung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts abgehalten, an der etwa 30 000 Personen, zum größten Teil Sozialisten, teilnahmen. Nach der Verlesung sollte die Polizei die rote Fahne, mit der die sozialistischen Arbeiter erschienen waren, entfernen. Da die Sozialisten sich dem widersetzen, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei 20 Personen verwundet wurden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

Von den französischen Gemeinderatsmitgliedern ist das Ergebnis der 28. Sitzung am 11. in Paris, die am Sonntag stattfanden, daß 5 progressivistische Republikaner, 11 Radikale, 3 sozialistische Radikale und 9 Sozialisten gewählt sind. 22 frühere Gemeinderäte sind wiedergewählt und außerdem 6 neue Kandidaten gewählt worden. Die Zusammenkunft des Gemeinderats von Paris bleibt die gleiche wie früher.

Das einjährige Ergebnis der Gemeinderatswahl in Frankreich ist, daß die Republikaner in 234 von 351 Arrondissement-Gemeinderäten die Mehrheit haben. In 85 Arrondissementen haben die Radikalen oder Sozialisten, in 20 die Konfessionellen die Mehrheit; in zwölf Arrondissementen ist die Mehrheit zweifach.

Die neuen Wähler sollen durch ihre freigebigen Vorgänger in nicht geringer Zahl überlegen sein. Von dem Ministerpräsidenten ist es bekannt, er habe 50 000 Frank mehr für Quantifikationen angefordert, als für das ganze Jahr bemittelt waren, und es ist sogar von einem Prozeß gegen ihn die Rede. Der Justizminister Ricard hätte ebenfalls die Jahresgebühren für Pensionen um 10 000 Frank überlegen und der Unterrichtsminister Combes es nicht besser gemacht, da er von 5 Millionen, die als Staatsubvention für Schulbücher ausgesetzt waren, nur 33 000 Frank in der Kasse zurückgelassen hat. Das Kabinett Melne wird also nicht umhin können, Nachtragsgesetze für die verschiedenen Ressorts zu veranlassen.

Wenn man privaten Berichten trauen darf, dann ist Madagaskar in vollem Aufstiege. Fünf Franzosen, welche geldstärker als das Land bereiten, sind emigriert, sogar der General-Gouverneur Larocqz von einer Begehung mehrfach bei Bestellung des Landes angegriffen worden.

Italien.

Die Rede in Mailand ist unverändert. General Balbiano ist bei den Unterhandlungen mit Mas Manajona wegen Auslieferung der in Lige befindlichen italienischen Gefangenen fort.

Spanien.

Die Spanier haben auf Cuba einige Flibustier gefangen, die von Nordamerika her Kriegsmunition eingeschmuggelt hatten. Drei oder vier von ihnen sind Nordamerikaner. Sie wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die nordamerikanische Regierung protestiert dagegen sehr energisch und findet Repräsentanten an General Welier und seine Mitarbeiter befehlen aber das abschreckende Beispiel wegen der Vollziehung der Todesstrafe zu drohen mit Wertsniederlegung, falls Gegenmaßnahme eintritt.

Balkanstaaten.

Nach Berichten aus Grevena, die in Konstantinopel eintreffen, wurde die Amnestie für politische Vergehen bis zum 17. d. verlängert. — In Konstantinopel selbst sind zahlreiche Verhandlungen von Armenien vorgenommen worden.

Der ungarisch-serbische Konflikt ist noch nicht abgeklungen. Es hat sich herausgestellt, daß die serbische Regierung in der für die Behauptung der Serbischen Fahne ausprobiert und strenge Bestrafung der Schuldbigen anfindigste, war keineswegs unwirksam. Der Belgrader Polizeipräsident, der zur „Strafe“ abgesetzt wurde, hat sofort das höhere Amt eines Polizeipräsidenten im Ministerium des Innern erhalten. Die Regierung soll von den Verhandlungen vorher Kenntnis gehabt und sie begünstigt haben. Ferner heißt es, daß ein Photograph den Akt der